

Die Bundesregierung gewöhnt sich an Millionenarbeitslosigkeit

Sorge um die Arbeitsplätze bleibt Hauptthema

Seit über vier Jahren gibt es jetzt in der Bundesrepublik Deutschland rd. 1 Million Arbeitslose und aus der jüngsten Umfrage des Bielefelder Emnid Instituts geht hervor, daß das Thema Arbeitslosigkeit neben Altersversorgung und Berufsausbildung zu den drei wichtigsten Problemen für die Bundesbürger gehört. Die SPD/FDP-Regierung hat gegenüber dieser gesellschaftspolitisch wichtigsten Aufgabe offensichtlich versagt und ist dabei, sich an 1 Million Arbeitslose zu gewöhnen, sich damit stillschweigend abzufinden und zu resignieren. Diesen Vorwurf erheben nicht nur wir, sondern selbst aus den Reihen der SPD-Fraktion wurde dieser Vorwurf in scharfer Form an die Bundesregierung gerichtet. Die CDU macht diese Politik des Abfindens mit Millionenarbeitslosigkeit im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer nicht mit. Das hat die Partei in ihrem neuen Grundsatzprogramm klar festgeschrieben. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Arbeitsmarktpolitiker, Adolf Müller, Remscheid, MdB, dokumentiert nachfolgend dieses Versagen der Koalition, stellt die Probleme besonders hart betroffener Gruppen dar und erläutert die Haltung der Union.

Das Ergebnis von SPD/FDP-Politik:

Vollbeschäftigung verkehrt sich in Millionenarbeitslosigkeit

Unter CDU-Verantwortung: Vollbeschäftigung

Die Union hat es in schweren Zeiten geschafft, daß jeder einen Arbeitsplatz fand. Uns ist es in wenigen Jahren gelungen, die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit abzubauen. Millionen von Flüchtlingen und Aussiedlern besorgten wir Arbeitsplätze. Arbeitslosigkeit von über 10 Prozent 1950 wurde in wenigen Jahren bewältigt. Nach kurzer Zeit war das erklärte Ziel „Vollbeschäftigung“ erreicht: Für jeden einen Arbeitsplatz.

Die Politik der Union bewährte sich auch, als die Wirtschaft in unruhiges Fahrwasser geriet. Während der rezessiven Phase 1966/67 brauchten nicht einmal halb so viele Leute ihren Arbeitsplatz räumen wie in der gegenwärtigen Krise. Die Arbeitnehmer fanden alle sehr schnell von neuem Arbeit.

Die Union hat unter ihrer Verantwortung für gute Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gesorgt (vgl. Graphik 1). 1969 waren nur 179 000 Arbeitnehmer arbeitslos, aber 747 000 Arbeitnehmer wurden gesucht. Auf einen Arbeitslosen kamen also mehr als vier offene Stellen.

Jeder konnte Arbeit und Einkommen finden. Unter CDU-Verantwortung waren die Arbeitsplätze sicher (vgl. Graphik).

Unter SPD-Verantwortung: Millionenarbeitslosigkeit

Nicht lange nachdem die SPD 1969 in Bonn die Regierungsverantwortung übernommen hatte, war es mit der Vollbeschäftigung vorbei. Seit 1970 ist die Zahl der Arbeitslosen ständig gestiegen — erst langsam, dann sprunghaft (vgl. Graphik). Trotzdem verkündete die SPD im Wahlkampf 1972 noch großspurig:

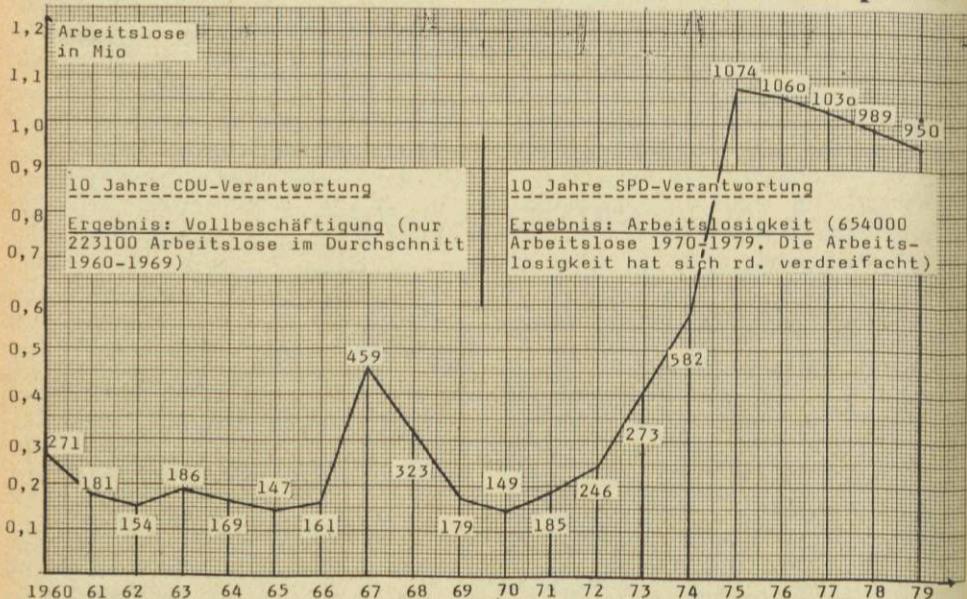
„Deutschland hat sichere Arbeitsplätze. Darauf sind wir alle stolz. Das muß so bleiben.“

Vollbeschäftigung seit Sozialdemokraten regieren . . .“

Gleichzeitig wurde die Union massiv verleumdet:

„Jeder Deutsche soll wissen, was das bedeuten würde: Eine halbe Million Arbeitslose. Existenzangst. Radikalismus. Dazu darf es nicht kommen.“

Leistungsvergleich zwischen CDU und SPD in der Arbeitsmarktpolitik



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (1979 Prognose)

Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher . . .“

Im Regierungsprogramm 1976 bis 1980 versteigt die SPD sich sogar zu der Behauptung, die Union wolle gar keine Vollbeschäftigung.

„Das Ziel der Vollbeschäftigung wird von der Opposition nur widerwillig akzeptiert.“ (Seite 9)

Diese verleumderische Propaganda der SPD wurde von der Wirklichkeit widerlegt: Die SPD/FDP-Koalition kann in der Arbeitsmarktpolitik traurige Rekorde für sich in Anspruch nehmen:

■ Seit 20 Jahren gab es in der Bundesrepublik nicht mehr so viele Arbeitslose wie in der Regierungszeit von SPD und FDP. Die Graphik zeigt, daß die Arbeitslosigkeit unter der Verantwortung der Koalition sprunghaft gestiegen ist und im 10-Jahres-Vergleich rd. dreimal so hoch lag wie unter CDU/CSU-Verantwortung. Dabei bleibt noch unberücksichtigt, daß über 600 000 Arbeitslose in die sogenannte „Stille Reserve“ abgewandert sind, weil sie keinen Leistungsanspruch haben. Bezieht man diese Personengruppe noch mit in die Arbeitsmarktstatistik ein, sieht das Ergebnis für die Koalition noch wesentlich düsterer aus.

■ Noch nie mußte soviel Geld für die Bezahlung der Arbeitslosigkeit ausgegeben werden. 1 Million Arbeitslose kosten den Staat jährlich rund 20 Milliarden DM an Steuern und Beitragsausfällen. In den letzten vier Jahren mußten allein für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Kurzarbeitergeld über 36 Milliarden DM ausgegeben werden. Das ist mehr als in 20 Jahren unter CDU-Verantwortung.

■ Noch nie wurden den Arbeitnehmern so hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abverlangt, wie von dieser Regierung. 1969 lag der Höchstbetrag zur Arbeitslosenversicherung bei 22 DM — bis heute ist er auf 120 DM hochgeschnellt. Das ist ein Anstieg um 445 Prozent. Die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer sind in diesem Zeitraum dagegen nur von 1 000 DM auf rund 2 363 DM (+ 136 %) gestiegen.

Über diesen Umweg über die erhöhten Beitragssätze muß jeder Arbeitnehmer für die Fehler der Regierung bezahlen.

SPD und Regierung haben immer wieder betont, daß Sozialdemokraten Vollbeschäftigung garantieren und daß für sie Vollbeschäftigung das politische und moralische Ziel Nummer eins ist. Diesen selbstgesetzten Anspruch muß die SPD/FDP-Regierung heute als Maßstab gegen sich gelten lassen. An ihren eigenen Zusagen und Versprechen muß sie sich messen lassen. Gemesen an diesem ihrem eigenen Maßstab hat die SPD ohne Wenn und Aber versagt: Die dargestellten Zahlen und Tabellen sind Beleg. Von diesem Versagen sind die Problemgruppen, die schwächsten Glieder des Arbeitsmarktes, am härtesten betroffen. Sie „bezahlen“ die Zeche in erster Linie und ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen wächst weiter — eine Trendumkehr ist nicht in Sicht.

Unter SPD-Verantwortung: Problemgruppen zahlen die Zeche

Die neuesten Strukturdaten über Arbeitslose und offene Stellen von Ende September 1978 lassen erkennen, daß die sich abzeichnende leichte konjunkturelle Belebung die einzelnen Berufe und Qualifikationen, Regionen und besonderen Personengruppen in unterschiedlichem Ausmaß — von stark bis kaum — erreicht. Die Daten der Strukturuntersuchung belegen, daß trotz Millionearbeitslosigkeit qualifizierte Kräfte auf dem Arbeitsmarkt langsam wieder knapp werden. Hinter dem nur sehr mäßigen Rückgang der bundesweiten Arbeitslosigkeit verbirgt sich sogar eine Verschärfung des Arbeitslosigkeitsgefülles zwischen den Regionen mit günstigerer Arbeitsmarktlage (Baden-Württemberg) und denen mit ungünstiger Lage. Besonders in einigen Regionen Süddeutschlands zeichnen sich Engpässe ab. Im Ruhrgebiet dagegen liegt die Arbeitslosigkeit in einigen Regionen weit über dem Bundesdurchschnitt (z. B. Duisburg 8,4 %, Gelsenkirchen 8,7 %). Diese sehr unterschiedliche Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigt sich noch deutlicher bei den Problemgruppen.

Die konjunkturelle Belebung wirkt sich für die längerfristig Arbeitslosen, die Älteren, die Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen und die beruflich wenig qualifizierten kaum aus. Die Konjunkturlokomotive hat die Problemgruppen abgekoppelt. Hier zeichnet sich eine Besserung oder Trendumkehr noch nicht ab. Diese am härtesten betroffenen Personengruppen zahlen in erster Linie die Zeche für das Versagen der Koalition in der Arbeitsmarktpolitik:

- Die Zahl der Dauerarbeitslosen steigt ständig. Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende September 1978 ein Jahr und länger arbeitslos gewesen sind, ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum nochmals um 6 400 auf 175 502 angestiegen. 77 400 dieser Gruppe sind bereits zwei Jahre und länger arbeitslos. Auf die Gesamtheit der Arbeitslosen bezogen, waren Ende September 1978 20,3 Prozent ein Jahr und länger arbeitslos.
- Die Zahl der älteren Arbeitslosen, die älter als 55 Jahre sind, hat erneut kräftig zugenommen und liegt nach der letzten Strukturanalyse bei 101 505. An der Gesamtzahl der Arbeitslosen gemessen sind das 11,8 Prozent. Die Zahl läge noch weit höher, wenn nicht viele ältere Arbeitnehmer mit Abfindungen und Ausgleichszahlungen geradezu in die Rente abgedrängt würden.
- Immer mehr Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen werden arbeitslos. Zu dieser Problemgruppe zählten Ende September 254 115 Personen oder knapp 30 Prozent aller Arbeitslosen. Die Union hat mit ihrem Vorschlag, die Altersgrenze für Schwerbehinderte von 62 auf 60 Jahre herabzusetzen, den richtigen Weg eingeleitet. Die Union hat diesen Gesetzentwurf kurz vor der Sommerpause 1978 im Deutschen Bundestag eingebracht. Die Regierung hat sich dabei selbst ins Abseits gestellt. Sie hat den Gesetzentwurf der Union abgelehnt, um ihn dann nach der Sommerpause selbst einzubringen. Hierbei wird deutlich, daß es SPD und FDP weniger um die Sache, als vielmehr um den parteipolitischen Vorteil ging.

Neben diesem harten Kern der Problemgruppen müssen zwei weitere Gruppen

zumindest erwähnt werden: Mehr als 55 Prozent der Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und die Arbeitslosigkeit bei Frauen liegt rund doppelt so hoch wie bei den Männern.

Anzahl und Entwicklung der dargestellten Problemgruppen lässt sich in folgender Tabelle zusammenfassen:

Entwicklung der Problemgruppen des Arbeitsmarktes

	September 1977	September 1978
Dauerarbeitslose	169 053	175 502
ältere Arbeitslose	92 228	101 505
Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen	244 048	254 115
Zielgruppen insgesamt	505 329 (55,5 %)	531 122 (61,5 %)
Zielgruppen mit Berücksichtigung von Überschneidungen	368 261 (40,4 %)	377 232 (43,6 %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

SPD/FDP-Koalition wird der Arbeitslosigkeit nicht Herr

Die Bundesregierung hat der Bevölkerung seit Jahren immer wieder zu suggerieren versucht, mit einem sich abzeichnenden konjunkturellen Aufschwung werde das Problem der Arbeitslosigkeit von selbst gelöst — die hierzu von der Regierung abgegebenen falschen Prognosen sind Legion.

Mit dieser „Vertröstungspolitik“ und Verharmlosungspolitik hat die Regierung die Beschäftigungsprobleme unter den Teppich gekehrt, sich selbst und andere immer mehr an hohe Arbeitslosenzahlen gewöhnt und damit letztlich den politischen Willen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gelähmt.

Diese geradezu fahrlässige Einstellung der Regierung wurde noch dadurch begünstigt, daß bislang eine politische Radikalisierung aufgrund der Arbeitslosigkeit ausgeblieben ist.

Diese halbherzige Politik des Treibenlassens lässt sich mit den arbeitsmarktpolitischen Programmen der Regierung leicht belegen: Im Zeitraum von 1974 bis 1978 hat die Regierung mit vielen Sonderprogrammen zur Arbeitsmarktpolitik versucht, die Beschäftigungsprobleme zu lösen:

Am 6. Februar 1974:

Sonderprogramm in Höhe von 900 Mill. DM.

Am 25. September 1974:

Sonderprogramm in Höhe von 950 Mill. DM.

Am 16. Dezember 1974:

Lohnkostenzuschüsse in Höhe von 600 Mill. DM.

Am 27. Dezember 1974:

Zuschüsse zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 600 Mill. DM.

Am 5. Februar 1976:

Sonderprogramm für Jugendliche und andere Problemgruppen in Höhe von 300 Mill. DM.

Am 12. Mai 1976:

Eingliederungsprogramm für Aussiedler.

Am 1. November 1976:

Sonderprogramm für Ausbildungsplätze von Schwerbehinderten.

Am 10. November 1976:

Eingliederungsprogramm in Höhe von 430 Mill. DM.

Am 25. Mai 1977:

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 270 Mill. DM.

Am 17. Februar 1978:

Maßnahmen für zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten.

Anfang 1978:

Sonderprogramm für Behinderte in Höhe von 100 Mill. DM.

Viele dieser Maßnahmen waren begrüßenswert und wurden auch in Verbindung mit den Bundesländern durchgeführt. Die Bundesanstalt für Arbeit geht auch davon aus, daß durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren jedes Jahr um rund 200 000 verringert werden konnten. Trotzdem bleibt festzustellen, daß all diese Maßnahmen der Regierung nicht ausreichend waren und an der seit Jahren fast statistischen Zahl von 1 Million Arbeitslose nichts geändert haben.

Eine Politik des Abfindens mit Millionenarbeitslosigkeit ist sehr gefährlich, denn sie belastet die Zukunft mit einer schweren Hypothek. In den nächsten Jahren drängen die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt. In diesem Jahr sind es 1,02 Millionen Schulabgänger, im nächsten Jahr 1,05 Millionen und 1981 werden es 1,08 Millionen sein. Zudem schätzt z. B. das Ifo-Institut das Trend-Wachstum für die 80er Jahre auf 3,5 Prozent — pro Jahr also 1,5 Prozentpunkte weniger als in den 60er Jahren. Und über die mittelfristige Entwicklung des Arbeitsmarktes urteilt das Wirtschaftsforschungsinstitut „Arbeitslosenzahlen unter einer Million sind in den nächsten Jahren nicht sehr wahrscheinlich, eineinhalb Millionen jedoch realistisch“. Erst ein Wachstum von mindestens 5 Prozent würde zu einem hohen Beschäftigungsstand zurückführen.

Damit zeichnen sich weiterhin erhebliche Risiken für die Beschäftigungspolitik ab. Die Regierung wird auch in den nächsten Jahren der Arbeitslosigkeit nicht Herr.

Dieses eigene Versagen versucht die Bundesregierung nun mit der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz auf die Betroffenen abzuschieben. DGB und DAG haben bekräftigt, daß die Anpassungslasten der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit einseitig den Arbeitslosen zugeschoben werden sollen. Beschäftigungshemmende Mängel werden fast ausschließlich in der Person der Betroffenen, d. h. in Alter, Qualifika-

tion, gesundheitlichen Verfassung etc., gesehen. Verantwortung und Schuld für die Arbeitslosigkeit würden voll auf den einzelnen abgewälzt. Der SPD kommt das nicht ungelegen, denn damit ist sie als führende Regierungspartei ihre Verantwortung für Wachstum und Vollbeschäftigung los. Die Sozialausschüsse haben die Bundesregierung am 17. Februar aufgefordert, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen, denn diese Politik der Gewöhnung an Millionenarbeitslosigkeit und die Politik des Abschiebens von Verantwortung auf die Betroffenen birgt langfristig erhebliche Gefahren für die gesellschaftliche Stabilität.

Gefahr für die gesellschaftliche Stabilität

Die dargestellten Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Problemgruppen verschleiern eher noch das tatsächliche Ausmaß: Ein Forschungsbericht, der jetzt von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht wurde, kommt zu dem Ergebnis, daß seit 1973 fünf Millionen Arbeitnehmer direkt die Erfahrung der Arbeitslosigkeit machen mußten. Rechnet man den Kreis der mitbetroffenen Familienangehörigen dazu, waren in den letzten Jahren mindestens 10 Millionen Menschen von der Arbeitslosigkeit direkt oder indirekt betroffen.

Damit ist ein so großes Potential von Betroffenheit entstanden, daß die Auswirkungen zu Massenphänomenen werden können.

Die individuellen Krisenergebnisse durch Abstieg und Armut (vgl. Dokumentation von Dr. Gölter: Begleiter der Arbeitslosigkeit; Abstieg und Armut, in UiD 5/78) durch sozialen und psychischen Druck können durch die Vielzahl der Betroffenen zu Problemen werden, welche die gesellschaftliche und politische Stabilität bedrohen:

Angst, Existenzbedrohung und Arbeitslosigkeit können dazu führen, daß die Staatsbürger ihre Einstellung zur Gesellschaft radikal ändern und dem politischen System ihre Loyalität entziehen.

Die politische Desintegration der Betroffenen kann dazu führen, daß die Menschen an der Gerechtigkeit und der Leistungsfähigkeit der politischen wie wirtschaftlichen Ordnung zu zweifeln beginnen. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß eines Tages die Bürger bei andauernder Massenarbeitslosigkeit eben nicht mehr die Fehler der Koalition und der Regierung, sondern das marktwirtschaftliche System für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Die Propaganda linker Sozialdemokraten läuft bereits in diese Richtung.

Es ist keine Frage, daß die Sozialisten nur auf ihre Chance warten, aufgrund einer solchen Entwicklung ihre antimarktwirtschaftlichen Vorschläge der Investitionslenkung und der Verstaatlichung der Produktionsmittel durchzusetzen. Dieser Preis wäre zu hoch. Hier ist die Union gefordert.

Herausforderung für die Union

Die Gefahr, daß breite gesellschaftliche Gruppen das Vertrauen verlieren und glauben könnten, das Beschäftigungsproblem sei im Rahmen der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung nicht zu lösen, fordert die Union heraus.

Die Union 'hat unter ihrer Regierungsverantwortung bewiesen, daß sie die Vollbeschäftigung sichern kann (vgl. Graphik). In diesen mehr als 20 Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland der Beweis geführt worden, daß die Soziale Marktwirtschaft besser als andere Ordnungen in der Lage ist, Vollbeschäftigung zu garantieren. Sie hat auch in Zeiten großer Herausforderungen nicht versagt.

Die CDU hat im Juni 1977 ein Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung vorgelegt, das in erster Linie die durch Steuer- und Belastungsstopp Investitionskraft der Unternehmen stärken und damit neue Arbeitsplätze schaffen soll. Zu den Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet kommen flankierende Maßnahmen auf sozialpolitischem Sektor: Erziehungsgeld, Berufsprägungsjahr und befristete Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze. Dieses Programm wird parlamentarisch Zug um Zug verwirklicht. Wichtige und steuerliche Teile sind über den Bundesrat umgesetzt. Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte ist eine Initiative der Union. Mit dem Familiengeld will die CDU einen weiteren Punkt ihres Programms umsetzen.

Im Gegensatz zu einer Politik, die sich mit Millionen-Arbeitslosigkeit auf dem Rücken der Betroffenen abfindet, ist für die CDU nach ihrem Grundsatzprogramm Vollbeschäftigung die gesellschaftspolitische Aufgabe Nummer eins:

- Die CDU schiebt nicht die Verantwortung einfach auf den einzelnen Arbeitslosen ab, sondern nennt die Verantwortlichen — Staat und Tarifpartner — klar beim Namen (Ziffer 82).
- Für die CDU steht der Mensch im Mittelpunkt. Arbeit und damit Vollbeschäftigung ist für die Selbstentfaltung und soziale Integration des Menschen unentbehrlich (Ziffer 50).
- Die CDU sieht die Not der Betroffenen und übersieht keineswegs, daß neben den Einbußen an Lohn und Lebensstandard die sozialen und psychischen Belastungen für die Arbeitslosen noch viel schwerer wiegen (Ziff. 82).
- Die CDU wendet sich gegen die Gewöhnung an die Millionenarbeitslosigkeit, gegen eine Strategie des Nichtstuns. Zur Erreichung der Vollbeschäftigung wird der Einsatz aller geeigneten Mittel gefördert — auch eine Arbeitszeitverkürzung wird ausdrücklich genannt (Ziff. 50 und 82).

Bereits heute wird die Union in zentralen sozialpolitischen Bereichen als leistungsfähiger angesehen als die SPD. Auch auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik traut die Bevölkerung der CDU inzwischen mehr zu als der SPD. Dieser Kompetenz-Vorsprung muß gehalten werden. Für die Union ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit Herausforderung Nummer eins, denn der Preis für die Politik der SPD/FDP-Regierung, die sich mit Millionenarbeitslosigkeit abfindet, ist sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch zu hoch.